Die staatliche Neuordnung und der Deutsche Werkmeister-Verband.

Nach dem 5. März 1933.

Der 5. März 1933 bedeutet einen entscheidenden Einschnitt in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Das deutsche Volk hat sich in seiner Mehrheit für eine Neuordnung und gegen die Beibehaltung der Weimarer Verfassung entschieden. Die Reichsregierung Hitler ist sofort an die Neubildung des Staates und an seine Befestigung herangegangen. Welche Stellung nehmen die Gewerkschaften, welche Stellung nimmt insbesondere der DWV. zu der staatlichen Neuordnung ein?

Die endgültige Beantwortung der Frage, welche Stellung die Gewerkschaften in der neuen Ordnung einnehmen werden, kann erst erfolgen, wenn das geplante Gewerkschaftsgesetz von der Regierung verabschiedet ist. Solange ist es nicht möglich, über Einzelheiten der zukünftigen Entwicklung etwas zu sagen. Wohl aber ist es möglich und erforderlich, unsere grundsätzliche Einstellung zu den Ereignissen klarzulegen und uns über die Haltung unseres Verbandes in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft Rechenschaft abzulegen.

Dabei stellen wir an die Spitze unserer Ausführungen als Leitmotiv die Erkenntnis, daß unsere ganze Arbeit auf die Erhaltung und Sicherung unseres Verbandes im Interesse der deutschen Werkmeister ausgerichtet sein muß. Das galt für die Vergangenheit, das gilt mit der gleichen Selbstverständlichkeit auch für die Zukunft.

Unsere Stellung vor dem Kriege.

Der DWV. blickt auf ein halbes Jahrhundert Geschichte zurück.

Was waren wir in der Vorkriegszeit? Doch nur das, was wir uns aus unserer eigenen Kraft, aus unserem Zusammengehörigkeitsbewußtsein, aus kollegialem Füreinander-Einstehen

N 4486

schaffen konnten. Aber wie wenig war das! Vielerorts war der Verband verpönt. Die Unternehmer wehrten sich gegen eine gewerkschaftliche Organisation der Werkmeister, jeder Schritt vorwärts mußte in jahrelangem Mühen erkämpft werden. Natürlich gab es auch keine staatliche Anerkennung des Verbandes. Im Gegenteil, es wurde entschiedener Wert darauf gelegt, immer wieder zu demonstrieren, daß die gewerkschaftlichen Verbände aller Arbeitnehmer unerwünschte Fremdkörper seien, die außerhalb des Staates stünden. Die Hauptaufgabe des Verbandes nach außen war daher die Unterbreitung von Eingaben mit den Wünschen und Vorschlägen der Werkmeister und die Aufklärung der Oeffentlichkeit über unsere Ziele, unser Programm und unsere Forderungen.

Unsere Stellung nach der Weimarer Verfassung.

Die Stellung der Gewerkschaften und damit auch unseres Verbandes erfuhr eine grundlegende Aenderung durch die Weimarer Verfassung von 1919.

Die Weimarer Verfassung sprach den Grundsatz der Gleichberechtigung der Arbeitnehmerschaft aus. Zur Durchführung dieser Parität erfolgte die verfassungsmäßige Anerkennung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer, der Gewerkschaften. Sie wurden von Verfassungs wegen dazu berufen, „an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken". Ihre Vereinbarungen, die Kollektivverträge, wurden als eigene Rechtsquellen anerkannt — und damit das Fundament für die Unabdingbarkeit des Tarifvertrages gelegt. Alle Schranken der Koalitionsfreiheit fielen. Die Gewerkschaften wurden in die Gestaltung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens miteingefügt, sie wurden zu Mitträgern des neuen Staates erhoben.

Die Gewerkschaften haben durch die Weimarer Verfassung eine ungeheure Machterweiterung erfahren. Für die Gestaltung der Sozialpolitik und des Arbeitsrechts wurde ihre Meinung ausschlaggebend. Sie traten als gleichberechtigte Parteien beim Abschluß der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf. Solange sie diese Position halten konnten, war die deutsche Sozialpolitik vorbildlich, geradezu richtungsweisend für die ganze Welt. Wir denken nicht daran, unsere Beteiligung an dieser Arbeit irgendwie abzustreiten oder zu verschleiern. Im Gegenteil, auch der Deutsche Werkmeister-Verband kann voller Stolz auf diese Tätigkeit im Interesse der deutschen Werkmeister und des ganzen deutschen Volkes zurückblicken!

Parteipolitische Neutralität.

Wenn die Gewerkschaften zur Mitträgerschaft in der Republik berufen wurden, so war ihnen damit — das muss man deutlich sehen — eine politische Aufgabe zugewiesen worden. Unvermeidlich mussten die Gewerkschaften so in den Mittelpunkt auch des politischen Kampfes rücken, unvermeidlich mussten sie sich „politisieren", d. h. auch zu politischen Fragen Stellung nehmen. Aber sie wurden dadurch nicht selbst zu politischen Organisationen im Sinne der Parteipolitik. Das konnten sie garnicht werden, da ihre Aufgaben auf anderen Gebieten als denen der eigentlichen Politik lagen. Die politische Führung der Republik und ihre Gesetzgebung lag, wie es dem Wesen des parlamentarischen Staates in der ganzen Welt entspricht, bei den politischen Parteien. Auf die Gesetzgebung selbst konnten also die Gewerkschaften nur dann wirklich Einfluss nehmen, wenn sie Verbindung mit politischen Parteien hatten und auf diese einwirken konnten. Die Anlehnung der Gewerkschaften an politische Parteien ist ein zwangsläufiges Ergebnis jeden parlamentarischen Systems. Ohne solche Anlehnung war innerhalb des Parlamentarismus ein entscheidender Teil der Gewerkschaftsarbeit garnicht zu leisten! Das bedeutet in keiner Weise ein Aufgeben der parteipolitischen Neutralität, wie sie in unserem Sozialen Programm niedergelegt ist, sondern das Gegenteil: Weil die Gewerkschaft, weil auch unser Verband die politische Partei nicht ersetzen konnte noch wollte, deshalb suchte er Tuchfühlung mit einer Partei, selbstverständlich in erster Linie mit derjenigen, die ihm aus der praktischen Erfahrung als entschiedenste Wahrnehmerin der Werkmeister-Interessen bekannt war.

Die Kritiker dieser „Tuchfühlung" mögen sich einmal überlegen, wie es dem Deutschen Werkmeister-Verband möglich gewesen wäre, z. B. auf die Ausgestaltung der Angestelltenversicherung oder auf die Schaffung des Kündigungsschutzgesetzes für ältere Angestellte anders Einfluss zu gewinnen, als durch die Zusammenarbeit mit politischen Parteien, die dann unsere Wünsche im Reichstag in Form von Gesetzesvorlagen vertreten haben.

Der Zwangsläufigkeit dieser Entwicklung hat sich keine einzige gewerkschaftliche Organisation oder Richtung entziehen können. Der Vorsitzende des GdA. ist ein massgeblicher Führer in seiner Partei gewesen, und bis zur Vollendung ist die Politisierung ausgebildet gewesen beim DHV., der ja das Schlagwort von den notwendigen politischen „Querverbindungen" erfunden hat.

In nicht weniger als 4 bis 5 politischen Parteien hat der DHV. zu gleicher Zeit einflussreiche Gewerkschaftsführer als Parlamentarier gehalten. Wir nennen nur die Namen: Stöhr, Lambach, Thiel, Glatzel, Gerig. Wie zurückhaltend waren wir demgegenüber! Diese Tatsache kann nicht aus der Welt geschafft werden, auch wenn man heute noch so heftig und haltlos alles verleugnen möchte, was man in den zurückliegenden Jahren getan hat.

Der AfA-Bund.

Völlig unberechtigt und an den Tatsachen vorbeigehend ist die Kritik an unserem Beitritt zum AfA-Bund. Der AfA-Bund ist die Spitzenorganisation der freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände gewesen. Er ist aus einer losen Arbeitsgemeinschaft, die sich im Kampf um die Angestelltenversicherung und später um ein neuzeitliches Arbeitsrecht gebildet hatte, organisch gewachsen und stand bald gleichberechtigt und selbständig neben der grossen Spitzenorganisation der Arbeiterschaft, dem ADGB. Aber nicht nur die freigewerkschaftlichen Verbände bildeten solche Spitzenorganisationen; das gleiche taten alle Richtungen, die christlich-nationale (Spitzenorganisation: Gedag.) so gut wie die hirsch-dunckersche (Spitzenorganisation: Gewerkschaftsring). Warum geschah das? Weil ohne Anschluss an eine solche Spitzenorganisation der gewerkschaftliche Einfluss auf den Staat garnicht möglich gewesen wäre. Die Entwicklung hatte, angesichts der Vielheit von Einzelverbänden, zu einer Privilegierung der Spitzenorganisationen geführt. Sie waren die eigentlichen Verhandlungspartner der Ministerien, ihr Rat wurde in entscheidenden Situationen eingeholt, sie waren aber auch die Benennungskörperschaften für alle Selbstverwaltungsorgane des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, wie Reichswirtschaftsrat, Reichskohlenrat, die Organe des Reichsknappschaftsgesetzes, Vertrauensmänner und Verwaltungsrat der Angestelltenversicherung, Verwaltungsrat und Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und ihre Gliederungen usw. Ohne Beteiligung an einer Spitzenorganisation wären wir als DWV. von allen diesen Organen ausgeschaltet geblieben.

Warum aber gerade der AfA-Bund? Wer so fragt, kennt die Leistungen des AfA-Bundes gerade für die Werkmeister nicht, er hat aber auch die Entwicklung in Deutschland und erst recht in unserem Verbande vergessen. Die Entwicklung zum AfA-Bund war bei uns ebenso wie bei allen anderen massgebenden Organisationen von technischen Angestellten zwangsläufig

und unentrinnbar gegeben. Wir haben uns 1918 der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände angeschlossen, aus der später der AfA-Bund hervorging.

Der Anschluss unseres Verbandes war so sehr Gemeingut aller führenden Verbandskollegen, dass eine andere Entwicklung nicht denkbar gewesen wäre. Auch hätte eine andere Entscheidung des Würzburger Verbandstages 1924 die Einheitlichkeit des Verbandes gesprengt. Nein, es ist unbestreitbar: die ganze Entwicklung Deutschlands nach 1918, die ganze innere Entwicklung auch unseres Verbandes und schliesslich auch die gebieterische Forderung, die Einheit des DWV. zu wahren, liessen gar keine andere Entscheidung zu.

Der Anschluss an den AfA-Bund war organisatorisch richtig. Er war aber auch sachlich, nur vom Gesichtspunkt der Interessen unserer Mitglieder aus, richtig.

Was haben wir erreicht? Nur einzelne Beispiele:

In der Angestelltenversicherung gelang es uns (bis zur Notverordnungs-Gesetzgebung 1930) zum Teil gegen den Widerstand der anderen Angestelltenverbände, die Leistungen der Angestelltenversicherung immer weiter auszubauen. Es ist weiterhin gelungen, die Wanderversicherung zu schaffen. Hierher gehört auch die Klarstellung der Versicherungspflicht der Textilmeister.

In der Unfallversicherung: Es ist unser Verdienst, daß die Einbeziehung aller Angestellten in die Unfallversicherung erfolgt ist, daß die Drittelungsgrenze bei der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes gefallen ist, daß — bis 1931 — alle Wegunfälle den Betriebsunfällen gleichgestellt waren.

Beim Kündigungsschutzgesetz: Wir nennen hier nur das Kündigungsschutzgesetz für die älteren Angestellten, das ohne unsere Mithilfe niemals in dieser Weise zustande gekommen und erhalten geblieben wäre; und schließlich:

Die Unabdingbarkeit des Gehaltsanspruches im Krankheitsfall, diese jahrzehntealte Forderung der Werkmeister und des D.W.V., die eine Gleichstellung der technischen und kaufmännischen Angestellten zum Ziel hatte.

So wie der AfA-Bund ein zwangsläufiges Ergebnis der Entwicklung nach 1918 war, so haben sich mit der staatlichen

Umwälzung von 1933 seine Aufgaben im wesentlichen von selbst erledigt. Das Aufgabengebiet des AfA-Bundes besteht nicht mehr. Die Abwicklung erfolgt durch Kollegen Stähr. Kollege Aufhäuser ist, unter Hintansetzung seiner Person, vom Vorsitz des AfA-Bundes zurückgetreten. Jetzt tritt ganz und gar wieder der Berufsstand und mit ihm der Berufsverband in den Vordergrund. Der D.W.V. hat damit wieder freie Hand.

Wir waren immer national.

Für die Gewerkschaften und insbesondere für unseren Deutschen Werkmeister-Verband gilt seit jeher, daß sich das Nationale von selbst versteht. Die Gewerkschaften haben zwar immer wenig von ihrer nationalen Haltung geredet. Wer aber die Geschichte Deutschlands seit 1914 kennt, dem wird der Anwurf nicht-nationalen Verhaltens der Gewerkschaften unverständlich und rätselhaft erscheinen.

Wir fragen: Wie wäre der Krieg von Deutschland vier Jahre durchgehalten worden, ohne die Gewerkschaften?

Wie wäre eine Führung des Ruhrkampfes möglich gewesen — ohne die Gewerkschaften?

Wie wäre eine Niederschlagung der separatistischen Abenteurer möglich, wie wäre die Einheit des Reiches zu retten gewesen — ohne die Gewerkschaften?

Wie wären die wirtschaftlichen Probleme der Währungsstabilisierung, der Rationalisierung und schließlich auch der entsetzlichen Wirtschaftskrise in Deutschland zu bewältigen gewesen — ohne die Gewerkschaften?

Was die Gewerkschaften in den letzten 20 Jahren für Deutschland geleistet haben, gehört der Geschichte an. Die Geschichte ist ein unerbittlicher Kritiker; sie wird über die Haltung der Gewerkschaften dereinst ihr Urteil fällen. Wir fürchten es nicht. Wir stehen zu unseren Taten, denn wir wissen, daß wir Deutschland im Kriege und im Frieden, im Felde des Waffenkampfes und im Felde des Wirtschaftskampfes immer wieder aus ehrlicher Ueberzeugung gedient haben!

National ist, wer im Interesse der Nation handelt. Darum bekennen wir uns in diesem Zusammenhang auch noch einmal zu den sozialen Leistungen der Gewerkschaften, denn

im Leben eines modernen Volkes gehören das Nationale und das Soziale untrennbar zusammen. Der Rückschrittler auf sozialem Gebiet gefährdet die Nation, auch wenn er noch so viel von ihr redet!

Die internationalen Verbindungen der Gewerkschaften sind nur das Spiegelbild der internationalen Verflechtungen des Kapitals. So wie die internationalen Trusts das Kapital international sichern, so sollen auch die internationalen Verbindungen der Arbeitnehmer die nationale Position der Gewerkschaften vor den Angriffen der übermächtigen Unternehmer sichern.

Die Staaten selbst haben die Notwendigkeit einer international gebundenen Sozialpolitik erkannt und sich im Internationalen Arbeitsamt ein Instrument dafür geschaffen.

Das und nichts anderes ist der Sinn des internationalen Zusammenschlusses. Auch hier hat im übrigen die staatliche Neubildung Voraussetzungen beseitigt, die bisher bestanden haben. Der D.W.V. hat im Hinblick auf die umwälzenden Ereignisse des Jahres 1933 bereits vor einiger Zeit seinen Austritt aus dem Internationalen Bund der Privatangestellten vollzogen.

Unsere Einstellung zum neuen Staat.

Wir haben die Betrachtung der zurückliegenden Zeit vorgenommen, weil uns Selbstbesinnung und Rechenschaftlegung die Voraussetzung jeder konstruktiven, sinnerfüllten Stellungnahme zum Neuen um uns zu sein scheint. Nichts ist würdeloser und sinnloser als zu verbrennen, was man gestern angebetet hat! Keine Staatsform und keine Regierung wird jemals politische Stehaufmännchen zu schätzen wissen. Die Führer des neuen Deutschlands haben mit erfreulicher Deutlichkeit gezeigt, daß sie für den rückgratlosen Renegaten nur Verachtung haben.

Das Deutschland von 1933 hat gewaltige Aufgaben zu lösen. Wir denken dabei nicht nur an die Probleme der Außenpolitik und des staatlichen Neubaues, sondern auch in erster Linie an die Gebiete, auf denen das eigentliche Arbeitsfeld der Gewerkschaften liegt: an die Wirtschaft und an das soziale Leben.

„Die Gewerkschaft ist die Ausdrucksform des sozialen Lebenswillens der Arbeitskraft". Es gibt daher keine Wirtschaft mehr, die auf die tätige Mitarbeit der Gewerkschaften verzichten könnte. Diese Arbeit der Gewerkschaften aber ist unabhängig von der Staatsform, schon weil die Probleme, die sie helfen muß zu meistern, unabhängig vom Wandel der Staatsformen bestehen bleiben. Denken wir nur an die Regelung und Sicherung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, an die Sozialversicherung, an die Wahrnehmung der Rechte aus dem Arbeitsvertrag, an die riesigen Probleme der Arbeitslosigkeit. Für die Gewerkschaften kann es gar keine Frage geben, ob sie dabei mitarbeiten wollen oder nicht, sie müssen mitarbeiten. Sie würden pflichtvergessen handeln gegenüber ihren Mitgliedern und dem deutschen Volke, wollten sie sich abseits stellen. Diese Mitarbeit kann sich selbstverständlich nur vollziehen auf der neuen staatlichen und gesetzlichen Grundlage. Die Anerkennung des Neugewordenen durch uns ist ja die Voraussetzung für unsere Arbeit an der Zukunft der Nation. Ohne gutwillige Zusammenarbeit aller aber ist keine der gigantischen Aufgaben von heute zu lösen. Dabei wird dem deutschen Werkmeister und seinem Verbande, dem Deutschen Werkmeister-Verband, eine besondere Verantwortung zufallen. Wir sind bereit, sie auf uns zu nehmen und alle unsere Kräfte zum allgemeinen Besten im Interesse unserer Werkmeister und der Nation einzusetzen.

Heute muß ein jeder Kollege treu zu seinem Verbande stehen. Alle Zersplitterungsversuche müssen zurückgewiesen werden.

Richtungsweisend war für uns und bleibt für uns der alte Wahlspruch unseres Deutschen Werkmeister-Verbandes:

Einer für alle und alle für einen!